

«Gleichberechtigung ist nicht kostenlos»

Jubiläum Die Sektion Frauen feierte gestern ihr 20-jähriges Bestehen. Dabei war man sich einig, dass in Liechtenstein bei Weitem noch keine Gleichstellung von Mann und Frau herrsche und vor allem auch die Politik Rahmenbedingungen dafür schaffen müsse.

Susanne Quaderer
squaderer@medienhaus.li

Der Gasometer in Triesen war gestern Abend Schauplatz des 20-jährigen Jubiläums der Sektion Frauen. Die Gäste waren grösstenteils Frauen, aber auch ein paar Männer horchten den Reden von Regierungsrätin Aurelia Frick und Silvia Hofmann Auf der Maur, Vorstandsmitglied des Vereins für Menschenrechte Liechtenstein, zu. Dabei war man sich einig: Liechtenstein hat in Sachen Gleichberechtigung von Mann und Frau noch einiges an Arbeit vor sich.

Etikett «weiblich» genügt für geringeren Lohn

Denn auch heute noch herrscht eine Lohndifferenz zwischen Mann und Frau von 20 Prozent und das obwohl teils Frauen eine bessere Ausbildung aufweisen als ihre männlichen Kollegen. «Die Wirtschaft stützt sich auf eine lückenlose Produktivität ihrer Mitarbeiter und das sind vorwiegend Männer», erklärte Hofmann Auf der Maur. Ausfälle und Teilzeitleistungen generieren zusätzliche Kosten und diese werden nach Aussen verlagert zum Beispiel in tiefere Frauenlöhne. Daneben habe man sich irgendwie darauf verständigt, dass verletzliche Lebensphasen wie eine Schwangerschaft, eine Geburt und eine Mutterschaft ausschliesslich Privatsache sind. Zudem genüge allein das Etikett «weiblich», um tiefere Lohnklassen eingestuft zu werden, sagte Hofmann Auf der Maur.

«Das Rollenbild der Frau ist in den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts stehen geblieben», erklärte Silvia Hofmann Auf der Maur. Zu der damaligen Zeit war der Vater der «Hauptnährer»



Edelgard Schurte, Silvia Hofmann Auf der Maur, Regierungsrätin Aurelia Frick und Martina Haas vor dem Gasometer. Bild: Tatjana Schnalzer

der Familie, während hingegen die Frau auch das ganze Leben arbeitete, aber nur einen Teil davon ausbezahlt bekam. Die Frau erzog die Kinder und kümmerte sich um den Haushalt. Ausser Haus zu arbeiten war nur möglich, wenn die Familie, und vor allem Er, keine Nachteile davon hatte. Dieses Arrangement hätte nach Hofmann grösstenteils bis heute Bestand. «Im Zweifelsfall ist die Frau zuständig für Haushalt, Familie und Kinder und ihre Erwerbsarbeit ist im besten Fall ein Zubrot für die Familie», sagte sie. Diese Familienaufteilung brächte für die Frauen, nach Hofmann Auf der Maur, viele Nachteile. «Unsere Systeme sind ausgerichtet auf den Lohnarbeit verrichtenden Mann», erklärte sie weiter. Das zeige sich sehr deutlich in unserem Rentensystem, der Altersvorsorge und auch im Steuersystem. Alle drei basieren entweder auf

der Lohnarbeit oder auf dem jeweiligen Zivilstand. «Das bringt für die Frau eine enorme Abhängigkeit vom Mann mit sich», betonte das Vorstandsmitglied im Verein für Menschenrechte.

Auch die Politik ist gefragt

Alle hätten, ohne es zu wissen oder zu wollen, Rollenbilder im Kopf. Zudem spiele das Geschlecht immer eine Rolle, sagte Hofmann Auf der Maur. «Benachteiligt werden Frauen, weil sie Frauen sind», erklärte sie. Eine Gleichberechtigung von Mann und Frau könne in der heutigen Gesellschaft nicht kostenlos erfolgen. Jeder Mensch müsse sich immer wieder in den Sinn bringen, dass alle gleich sind, egal welches Geschlecht man hat. «Aber auch die Politik ist gefragt, die die Rahmenbedingungen anpassen muss», erklärte sie. Das

skandinavische Land Schweden hat bereits seit 50 Jahren Erfahrung mit diesen begünstigenden Rahmenbedingungen. «Damals wurde ein Drei-Säulen-Prinzip eingeführt», erklärt Hofmann Auf der Maur. Das basiert auf der individuellen Besteuerung der Lohnarbeit sowie der individuellen Ausgestaltung des Rentensystems. Ausserdem beinhaltet es den bezahlten Elternurlaub sowie eine bezahlbare und flächendeckende Kinderbetreuung. Diese Rahmenbedingungen hätten nach Hofmann Auf der Maur vor allem eine Auswirkung und zwar die Solidarität und die gleichen Chancen für beide Geschlechter.

«Lieber Gott, erhalte mir meine Gesundheit und die Arbeitskraft der Frau», ein Gebet, welches ihr Grossvater oft auf sagte. Das zeigt, dass es vor langer Zeit möglich war, die Frau als

Arbeitskraft zu schätzen und als überlebenswichtig zu empfinden.

«Wir benötigen weibliche Vorbilder»

Aurelia Frick sprach vier Schlüsselmomente in ihrer Laufbahn als Politikerin an. Einer blieb ihr dabei besonders in Erinnerung. Nämlich der Moment als einer Ministerkonferenz in Istanbul eine junge zierliche Frau aufstand und vorgefülltem Saal von ihrem Schicksal sprach. «Sie wurde als Sexsklavinnen verkauft und dutzende Male vergewaltigt», sagte Frick. Die 24-jährige Jesidin war die einzige aus ihrer Familie, die es in den Westen schaffte. Damals wurde Aurelia Frick klar: «Wir müssen etwas tun und ich will etwas tun.» Und das leistete das Land Liechtenstein auch mit der Syrien-Resolution, welche im Dezember 2016 der UNO unterbreitet wurde und von insgesamt 113 Ländern

unterschrieben wurde. «Solche Gräueltaten dürfen nicht mehr unbefragt belassen werden», erklärte sie. Auch Frick teilte die Ansicht, dass das Rollenbild der Frau alles andere als modern geprägt ist. «Wir benötigen in Liechtenstein weibliche Vorbilder, die ihre Stimme erheben und zeigen, dass Gleichberechtigung funktionieren kann», erklärte die Regierungsrätin. Ihr Team bestehe aus vier Frauen und einem Quotenmann, scherzte die Aussenministerin.

Martina Haas, Stellvertretende Geschäftsführerin des Liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverbands betonte, dass zu wenig Frauen in der Politik und der Wirtschaft vertreten seien und sich auch deswegen die benachteiligenden Faktoren nicht ändern. «Es heisst immer Frauen tragen selbst die Schuld, sie würden sich nicht selbst wählen, aber was machen wir denn falsch? Der Grund ist einfach: Wir Frauen machen nichts falsch», betonte Haas. Und fügte an: «Eine befristete Quotenregelung ist für mich unumgänglich.» Geehrt wurde die Präsidentin der Sektion Frauen des LANV Edelgard Schurte für ihr bereits 20-jähriges Wirken in der Sektion.

Sektion Frauen

Die «Sektion Frauen» ist in der Gewerkschaft des Liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverbandes eingebettet. Seit dem 15. Juli 1997 setzt sich die Sektion für verbesserte Rahmenbedingungen für Frauen in der Arbeitswelt ein. Dabei sind die Hauptthemen die Lohngleichheit von Mann und Frau und die Konflikte am Arbeitsplatz.

«Initianten sollten die effektiven Zahlen nochmals prüfen»

Geldspielabgabe Franz Schädler hat am Mittwoch angekündigt, dass er plant, eine Initiative zu lancieren, um die Casinos in Liechtenstein stärker zur Kasse zu bitten. Gemäss Wirtschaftsminister Daniel Risch ist dem Initianten ein Rechenfehler unterlaufen.

Das Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport steht der angekündigten Initiative von Franz Schädler bezüglich der Geldspielabgabe für Spielbanken in Liechtenstein ablehnend gegenüber. Eine Erhöhung des Abgabesatzes für Spielbanken zum heutigen Zeitpunkt sei aus grundsätzlichen Überlegungen nicht angebracht, schreibt das Ministerium in einer Mitteilung.

Die im Vergleich zur Schweiz in Liechtenstein tiefere Besteuerung des Bruttospielertrages wurde auch im Landtag diskutiert. Letztlich wurde der Basisabgabesatz für Spielbanken gesetzlich auf eine Bandbreite von 17,5 Prozent bis 40 Prozent festgesetzt. Der mittels Verordnung festgesetzte Geldspielabgabesatz beträgt aktuell 17,5 Prozent. Der Grenzabgabesatz bzw. die sogenannte Progression beträgt in Liechtenstein ab 1 Million Franken Bruttospielertrag 2,75 Prozent und erhöht sich für jede weitere angefangene Million Franken Bruttospielertrag um weitere 2,75 Prozent bis zum maximalen Satz von 40 Prozent. «Die beiden Unternehmen, die bisher in Liech-

tenstein ein Gesuch für eine Spielbankenbewilligung eingereicht haben, haben ihre Investitionsentscheidungen nicht zuletzt auf Grundlage der geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen und des entsprechend definierten Abgabesatzes getroffen. Die politische Verlässlichkeit bildet einen wesentlichen Standortvorteil des liechtensteinischen Wirtschaftsstandorts. Eine Erhöhung des Abgabesatzes, bevor die Spielban-

ken ihr erstes volles Geschäftsjahr absolviert haben, würde diese Verlässlichkeit des Wirtschaftsstandortes in Frage stellen», wird Daniel Risch in der Pressemitteilung zitiert.

Ministerium ortet einen Rechenfehler

Der Vergleich von Franz Schädler, wonach das Land Liechtenstein bei einem Bruttospielertrag von 20 Millionen Franken im Ver-

gleich zur Schweiz auf rund 4 Millionen Franken Einnahmen pro Jahr verzichtet, ist gemäss Wirtschaftsministerium nicht korrekt. In dieser Berechnung werde die Progression von 2,75 Prozent, die ab der zweiten erwirtschafteten Million Franken Bruttospielertrag anfallt, gänzlich ausgeblendet. Dazu führt das Ministerium folgendes Beispiel an: Bei einem Bruttospielertrag von 20 Millionen Franken wäre in der Schweiz

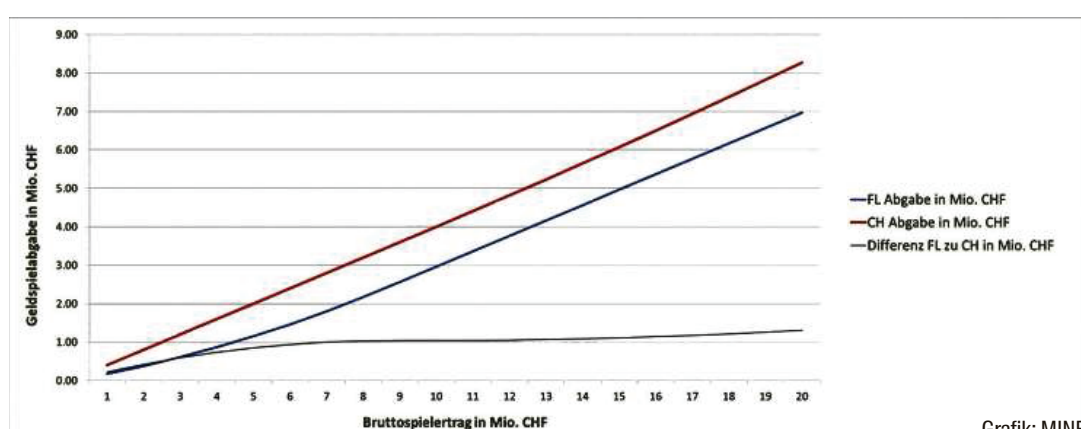
eine Geldspielabgabe von 8,275 Millionen Franken (41,38 Prozent) in Liechtenstein von 6,965 Millionen Franken (34,83 Prozent) zu leisten. «Die Differenz beträgt in diesem Beispiel somit lediglich 1,31 Millionen Franken und nicht, wie von Franz Schädler ausgeführt, 4 Millionen Franken», schreibt das Ministerium. Da das liechtensteinische Modell eine deutlich höhere Progression vorsehe, sei ein einfacher Vergleich der Basisabgabesätze, d. h. von 17,5 Prozent in Liechtenstein beziehungsweise 40 Prozent in der Schweiz, nicht möglich und die Schlussfolgerung, dass man in Liechtenstein weniger als die Hälfte bezahle, irreführend.

Geldspielabgabe nur wenig tiefer als in der Schweiz

Weiters habe Franz Schädler in seiner Argumentation nicht berücksichtigt, dass die Schweiz im Gegensatz zu Liechtenstein erhebliche Steuerreduktionen gewähren kann. Das Schweizer Spielbankengesetz sieht Abgabenermächtigungen vor, die das liechtensteinische Geldspielgesetz nicht kennt. So ist beispiels-

weise in den ersten vier Betriebsjahren eine Starthilfe in Form einer Reduktion des Abgabesatzes auf 20 Prozent möglich. Grundsätzlich kommt das Wirtschaftsministerium zum Schluss, dass die Geldspielabgabe nur geringfügig unter jener der Schweiz liegt. Da sich eine neue Spielbank in Liechtenstein den bereits etablierten Spielbanken in der Region stellen müsse, sei sie von Beginn an einem vergleichsweise hohen Konkurrenzdruck ausgesetzt. Auch dieser Aspekt mache es notwendig, dass sich die Spielbanken hierzulande von den Spielbanken in der Region abheben und ein attraktives Angebot anbieten. «Wir müssen uns auch im Klaren sein, dass wir hier von neuen Einnahmen für das Land Liechtenstein sprechen, die es bisher aufgrund der Nichtexistenz von Spielbanken noch gar nicht gegeben hat und auch die Spielbanken erst einmal einen Bruttospielertrag erwirtschaften müssen», schreibt Daniel Risch und rät: «Letztlich denke ich, dass seitens der Initianten die effektiven Zahlen nochmals geprüft werden sollten.» (ikr/red.)

Geldspielabgaben Schweiz/Liechtenstein im Vergleich



Grafik: MINF